

Mitteilungen

FOLGE 160
FEBRUAR 2003

VOR 65 JAHREN MEXIKOS PROTEST GEGEN DIE ANNEXION ÖSTERREICHS

Präsentation der DÖW-Dokumentation „Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947“

Am 19. März 1938 legte der mexikanische Diplomat Isidro Fabela die schriftliche und offizielle Protestnote der Vereinigten Staaten von Mexiko gegen den vollzogenen „Anschluss“ Österreichs an Hitlerdeutschland vor. Damit und mit der folgenden aktiven Solidaritätspolitik gegenüber Flüchtlingen aus dem „Dritten Reich“ und anderen europäischen Ländern standen mexikanische Politiker und Diplomaten für die demokratischen Prinzipien ein.

Fast auf den Tag genau 65 Jahre nach dem mexikanischen Protest präsentiert das DÖW gemeinsam mit der Mexikanischen Botschaft in Wien am 18. März 2003 im Parlament die Ende letzten Jahres fertig gestellte Publikation „Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947“ (siehe Kasten, Seite 2), die von Christian Kloyber und Marcus G. Patka wissenschaftlich betreut wurde.

Im Folgenden Auszüge aus dem Kapitel „Der mexikanische Protest und seine Vorgeschichte“.

Mexikos Protestnote vom 19. März 1938 gegen die völkerrechtswidrige Besetzung Österreichs durch die Truppen der Wehrmacht und den darauf folgenden politischen „Anschluss“ ist ein aufschlussreiches Dokument: Einerseits ist die Protestnote eine der in den Dreißigerjahren überaus seltenen Stimmen hochrangiger Diplomaten gegen Hitlers Aggressionspolitik, andererseits nimmt dieses Dokument spätere Argumente für ein freies Österreich vorweg.

Diese Protestnote entspricht den Prinzipien der mexikanischen Außenpolitik, die in der Regierungsperiode von Präsident Lázaro Cárdenas stets gegen Interventionen auftrat, hat aber auch mit den besonderen wirtschaftlichen und politischen Umständen der Jahre zwischen 1934 und 1938 zu tun, wobei vor allem die Gleichzeitigkeit mit der Verstaatlichung des Erdöls in Mexiko ins Auge springt.

Zwar folgten mit zeitlicher Verzögerung andere lateinamerikanische Staaten und internationale Proteste, darunter jener der Sowjetunion, aber sie erreichten nicht das multilaterale Forum des Völkerbundes, wurden nur verbal vorgetragen oder reduzierten sich auf bilaterale Demarchen.

Erst auf der 19. ordentlichen Session der Völkerbundversammlung am 21. September 1938 sollten die Bemühungen des sowjetischen Außenministers bekannt werden, der versucht hatte, ein gemeinsa-

mes Auftreten der Großmächte gegen die Okkupation Österreichs zuwege zu bringen. Zuvor hatte am 11. Juni 1938 während der 101. Session des Völkerbundesrates (Mai/Juni 1938) nur Chile sein Bedauern über das Verschwinden eines Mitgliedstaates aus dem Bund der Nationen ausgedrückt.³⁵

Am selben Tag, während der 4. Sitzung, kam es dann zu einer ausführlichen Protesterklärung des spanischen republikani-

schen Vertreters, der in einer leidenschaftlichen Rede für seine republikanische Heimat auftrat und die Aggression Deutschlands gegen Österreich als Beispiel anführte: „*They have devoured Austria. They are trying to reduce Spain to ashes; they menace the very existence of Czechoslovakia, and they are facing half a dozen European countries with the choice of submitting or disappearing as free and sovereign states from the political map of Europe.*“³⁶



Karoline Spiro-Wende, Wien
geboren am 5. Februar 1903

Die Bürokräft Karoline Spiro-Wende heiratete 1939 in Frankreich ihren jüdischen Lebensgefährten. Sie wurde am 25. 8. 1942 wegen „rassenschänderischen Verhaltens“ festgenommen. Nach Einstellung des gegen sie eingeleiteten Strafverfahrens wurde ihre Überstellung in ein KZ auf die Dauer von 3 Monaten verfügt. Karoline Spiro-Wende kam am 15. 3. 1943 in Auschwitz um.

Nicht mehr anonym

Ab Mitte Februar 2003 über 2000 Fotos aus der erkenntnisdienlichen Kartei der Gestapo Wien und Kurzbiographien der Opfer im Internet

www.doew.at

Seit Lucas Alamán³⁷ und der Unabhängigkeitsbewegung von 1810 beruft sich die mexikanische Diplomatie auf das Prinzip der Nichteinmischung und auf eine historische Tradition der Solidarität mit unterdrückten Völkern.

Cárdenas war es wieder, der bewusst gegen die Monroe-Doktrin auftrat und versuchte, eine lateinamerikanische Außenpolitik neu zu begründen. Die wohlformulierte und vorausblickende Protestnote muss darum auch als Prinzip einer lateinamerikanischen Diplomatie verstanden werden. Das erklärt sich auch daraus, dass die leitenden Diplomaten im mexikanischen Außenministerium der Jahre vor und nach 1938 bedeutende Humanisten und Schriftsteller wie Antonio Caso, Jaime Torres Bodet, Ramon Beteta oder Isidro Fabela waren.

Vor allem Isidro Fabela prägte die außenpolitische Linie des mexikanischen Präsidenten Lázaro Cárdenas. [...]

Die Chronologie: der „Anschluss“ und Mexiko

Am 12. März 1938 telegrafierte der mexikanische Diplomat Villa Michel aus der Londoner Botschaft an sein Außenministerium, dass die letzten Vorfälle in Österreich die politische Lage in Europa schwer belasten und das Plebiszit nur ein Vorwand gewesen sei, damit die deutschen Truppen einmarschieren konnten. Schon am nächsten Tag erreichte ein weiteres Telegramm das Außenamt: „*Die Krise entwickelt sich zu Gunsten Deutschlands. [...] Von der Regierung Chamberlain kann keine Aktion erwartet werden.*“⁴⁵

Der deutsche Gesandte in Mexiko, Freiherr Rüdiger von Collenberg, informierte offiziell am 15. März den mexikanischen Außenminister über die neue Gesetzeslage; schon einen Tag zuvor hatte die ehemalige österreichische Gesandtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika die englische und spanische Übersetzung der neuen Gesetzeslage in „Österreich“ ab 13. März 1938 berichtet und dabei Artikel 1 und 2 wortwörtlich zitiert.⁴⁶

Am selben Tag traf aus der mexikanischen Gesandtschaft in Portugal ein vier Seiten umfassender Bericht von Legationsrat Emmanuel Fernandez über Österreich ein. Inzwischen hatte der mexikanische Präsident entschieden, gegen die Annexion Österreichs schriftlich und formell vor dem Völkerbund zu protestieren. Isidro Fabela, der Autor des Textes, telegrafierte den verschlüsselten Wortlaut von der Genfer Botschaft an das Außenamt, und noch am

Österreicher im Exil

Mexiko
1938–1947

Eine Dokumentation

Dokumentationsarchiv des
österreichischen Widerstandes
(Hrsg.)

**Österreicher im Exil
Mexiko 1938–1947**
Eine Dokumentation

Einleitung, Auswahl und
Bearbeitung:
Christian Kloyber,
Marcus G. Patka
Mit einem Geleitwort von
Friedrich Katz

Verlag Deuticke, Wien 2002
704 S., 16 S. Bildteil

Sonderpreis Karton EUR 19,-
Leinen EUR 23,-

EINLADUNG ZUR BUCHPRÄSENTATION

Österreicher im Exil
Mexiko 1938–1947
Eine Dokumentation

Begrüßung

Heinz Fischer,
2. Präsident des Nationalrats

Botschafterin Patricia Espinosa,
Mexikanische Botschaft

Wolfgang Neugebauer,
wissenschaftlicher Leiter des DÖW

Vorstellung des Buches
Christian Kloyber, Marcus G. Patka

Oskar Römer
Erinnerungen eines Zeitzeugen

Zeit: Dienstag, 18. März 2003
17.30 Uhr

Ort: Parlament, Empfangssaal
Dr. Karl Renner-Ring 3
1010 Wien

Aus dem Inhalt

1. Der mexikanische Protest und seine Vorgeschichte • Die Entwicklung in und um Österreich vor dem „Anschluss“ im Spiegel mexikanischer diplomatischer Berichte • Der „Anschluss“ ist definitiv — erste Reaktionen • Die Protestnote • Reaktionen auf die Protestnote • Das mexikanische Konsulat in Wien • Die Fabela-Briefe an Präsident Cárdenas • **2. Die Position des Nationalsozialismus in Mexiko** • **3. Flucht aus Europa und Wege nach Mexiko** • **4. Zusammenarbeit zwischen Österreichern und Deutschen** • Briefwechsel zwischen Bruno Frei und Heinrich Mann im Vorfeld der Gründung der Zeitschrift Freies Deutschland • Die Sozialvereinigung deutschsprachiger politischer Emigranten in Mexiko und Grußadressen zwischen ARAM und der Bewegung Freies Deutschland • Der Exilverlag El Libro Libre und El Libro Negro del Terror Nazi en Europa von André Simone • Interviews und Dokumente zur Gruppe Freie Jugend • Die Gründungsphase der deutschsprachigen Exilgruppierungen im Spiegel von zeitgenössischen Quellen und Dokumenten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR • **5. Geschichte der Gründung der ARAM und politische Positionierung** • Umwandlung der ARAM in die Asociación Austro-Mexicana • **6. Das Kulturprogramm der ARAM und der österreichische Beitrag zum Heinrich-Heine-Klub** • Literatur • Musik • Theater • **7. UDÖS — Die Union deutscher und österreichischer Sozialisten** • **8. Die Legitimisten und die Frei Österreicher Bewegung** • **9. Schwierige Rückkehr nach Österreich**

17. März (durch den Zeitunterschied hatte man in Mexiko ja sieben Stunden gewonnen) wurde der Text der mexikanischen Presse übermittelt. Cárdenas wartete jedoch noch einen Tag ab, er wollte ja erst nach der offiziell gewordenen Enteignung der US-amerikanischen, englischen und niederländischen Erdölgesellschaften die außenpolitische Demarche gegen den „Anschluss“ Österreichs dem Generalsekretär des Völkerbundes vorlegen. Am 18. März erhielt Fabela in Genf grünes Licht, und am 19. März übergab er dem Generalsekretär des Völkerbundes, Joseph A. Avenol, den zwei Seiten umfassenden Text in der französischen Übersetzung. Mexiko war somit der einzige Staat der Welt, der sich zu einer außenpolitisch aktiven Handlungsweise bekannte. Noch Tage zuvor hatte man in der mexikanischen Präsidentschaftskanzlei auf ein Mitziehen anderer lateinamerikanischer Länder gehofft. Fabela berichtete aus Genf (am 16. März), dass er mit dem kolumbianischen Völkerbundvertreter in Verbindung stehe, einem Herrn Cano, der sich persönlich bereit erklärt hätte, die mexikanische Deklaration mit zu unterzeichnen.

Trotz der ungünstigen Voraussetzungen hatte Fabela gehofft, ein größeres Echo unter den Nationen des Völkerbundes zu erzielen, ja, er war so enttäuscht und entmutigt, dass er sich am 29. März telegrafisch und mit einer ärztlichen Bescheinigung (Überanstrengung und Kreislaufstörungen) kurzzeitig beurlauben ließ.⁴⁷

Überaus genau verfolgte das mexikanische Außenministerium die diplomatischen Reaktionen. Es ist bezeichnend für die hispanoamerikanische Diplomatie, dass ausschließlich aus den lateinamerikanischen Botschaften inoffizielle Berichte eintrafen: aus Peru bereits am 18. März, aus Santo Domingo, Ciudad Trujillo, am 19. März (eine Presseschau der Zeitungen *La Opinión*, *Listín Diano* und *Diario de Comercio*), aus Uruguay am 21. März und aus Nikaragua am 23. März.

Ebensolche Presseberichte liefen aus den mexikanischen diplomatischen Vertretungen in San Salvador (25. März), Paraguay (25. März) und Panama (5. Mai) ein.⁴⁸

Reaktionen auf den „Anschluss“ und die Protestnote⁴⁹

In Mexico City selbst hatten die deutschen Nationalsozialisten der NSDAP, Landesgruppe Mexiko, unter Rüdts von Collenberg,

ein „Fest für den vollzogenen Anschluss“ vorbereitet, dem man eine eigene kleine Bücherverbrennung anschloss. Das österreichische Konsulat wurde ohne Verzögerung und Protest der deutschen Gesandtschaft übergeben.

Die auf Ernst Toller zurückgehende Gründung der *Liga pro Cultura Alemana in Mexiko* initiierte jedoch schon im Frühjahr 1938 eine starke antifaschistische deutschsprachige Bewegung, die auch von den mexikanischen Gewerkschaften wesentlich unterstützt wurde. Der Österreicher Moritz Luft (mit dem Schriftsteller Joseph Roth verwandt) war Gründungsmitglied der antifaschistischen Organisation und richtete am Tag nach dem „Anschluss“ ein Telegramm an die Präsidentschaftskanzlei, in dem er namens der in Mexiko ansässigen Österreicher darauf hinwies, dass diese zutiefst dankbar für „den edlen Schritt“ Mexikos seien, der diesem Land „einen Ehrenplatz unter den Nationen“ sichere, „welche die Zivilisation verteidigen“. Am 21. März telegraphierten sie:

PRESIDENTE REPUBLICA PALACIO NACIONAL CIUDADANOS AUSTRIACOS RESIDENTES MEXICO ENVIAN VUESTRA EXCELENCIA EL SENTIMIENTO MAS PROFUNDO DE GRATITUD POR NOBLE Y GALLARDA GESTION LIGA NACIONES GINEBRA EN FAVOR Y DEFENSA SOBERANIA LIBERTAD AUSTRIA. GESTION QUE PONE MEXICO LUGAR HONOR NACIONES DEFENSORAS CIVILIZACION Y PALADIN PRINCIPIOS DERECHO INTERNACIONAL. AGRADECIDOS. FREDERICO SITARZ, OTTO RYBICKA, MAURICIO LUFT, CAMILLO WENZEL, SILVIO P. DE HELMSBURG, ROBERTO MOSLER, KARL KARASEK.

Einen Tag vor Bekanntwerden des Inhaltes des mexikanischen Protestschreibens an den Völkerbund hatte der österreichische Vertreter der Legitimisten in Mexiko, Silvio Pizarello von Helmsburg, ans Außenministerium geschrieben, die Nazis in Mexiko würden ein Fest zum „Anschluss“ veranstalten, und es sei für Personen mit Verwandten in Deutschland oder Österreich ratsam hinzugehen.

Die mexikanischen Gewerkschaften unter Vicente Lombardo Toledano und die Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter unter Fidel Velazquez⁵⁰ traten in scharfen Aussendungen gegen die NSDAP Mexiko und

das „Deutsche Haus“ auf. In einer Flugschrift vom 2. April 1938 hieß es: „Hitler, der grausame Mörder, richtete in Österreich ein brutales Gemetzel an. Auf den Straßen von Wien floss das Blut der Menschen. Die teutonischen Invasoren eröffneten ein massives Gewehrfeuer auf die Wiener Patrioten.“

Der deutsche Gesandte Rüdts von Collenberg protestierte energisch gegen diese „Gräuelpromaganda gegen das Deutsche Reich“, als er am 5. April 1938 von 13 Uhr 10 bis 13 Uhr 45 bei Außenminister Hay vorsprach. Er hatte den Auftrag, Mexiko zu bewegen, den „tragisch-komischen“ Protest zurückzunehmen, was jedoch nicht gelingen konnte. General Hay verlangte von Collenberg die Zurücknahme des Ausdruckes „trágico-cómico“ und wies ausdrücklich darauf hin, dass Mexiko die Annexion Österreichs nicht anerkennen werde. Trotz des immer stärker werdenden Drucks der deutschen Wirtschaftspolitik gegen Mexiko kam es im Oktober 1938 zur größten antifaschistischen Kundgebung in der Geschichte Mexikos, einem Protest gegen die Judenverfolgungen in Deutschland.⁵¹

³⁵ Vgl. dazu die gedruckten Sitzungsprotokolle aus dem Völkerbund in Genf (in englischer Sprache); 19. Ordentliche Sitzung der Völkerbundversammlung, Plenartagung, 7. Sitzung vom 21. September 1938 (Protest und Bericht Litwinows über vergebliche Bemühungen, eine gemeinsame Aktion mit den Großmächten zustande zu bringen).

³⁶ Fourth Meeting, May 11th 1938 at 4 p. m., 4039, Appeal by the Spanish Government (M. Alvarez del Vayo).

³⁷ Vgl. José Vasconcelos, *Breve Historia de México (Hispanismo y Monroismo)*, a. a. O., S. 303–322.

[...]

⁴⁵ AREM 111-1703, 1/2, Telegramme der mexikanischen Botschaft in London, gezeichnet von Villa Michel vom 12., 13. und 16. März 1938.

⁴⁶ AREM 111-1703, Teil 2, Informationsschreiben der österreichischen Gesandtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika, Washington D. C., 14. März 1938, Übersetzung des Textes ins Englische von Edgar Prochnil, Wien, 13. März 1938; außerdem: Telegramm der deutschen Gesandtschaft in Mexiko, Nr. 37 vom 14. März 1938.

⁴⁷ Persönliche Akte Isidro Fabela im Archiv des mexikanischen Außenministeriums, SRE 111-1703-1.

⁴⁸ Akte im mexikanischen Außenministerium, SRE 111-1703-1.

⁴⁹ Wolfgang Kießling, *Alemania Libre in Mexiko*, Bd. 1, a. a. O., S. 275.

⁵⁰ Akte 549.6/17 der Präsidentschaftskanzlei Camacho, AGN.

⁵¹ SRE 111-1703-1, Gedächtnisprotokoll.

WIR BETRAUERN

DDr. Ella **Lingens**, eine der wenigen ÖsterreicherInnen, die von Yad Vashem als *Gerechte der Völker* geehrt wurde, verstarb am 30. Dezember 2002 im 95. Lebensjahr.

Gemeinsam mit ihrem Mann Kurt Lingens unterstützte sie nach dem „Anschluss“ 1938 untergetauchte Jüdinnen und Juden. Wegen versuchter Fluchthilfe wurden beide im Oktober 1942 festgenommen und im Februar 1943 nach Auschwitz überstellt. Als Häftlingsärztin versuchte Ella Lingens auch dort zu helfen, wo es möglich war. Ab Anfang Dezember 1944 war sie im KZ Dachau inhaftiert.

Nach der Befreiung war sie am Aufbau des österreichischen Gesundheits- und Sozialwesens beteiligt. Lebensaufgabe der Ehrenpräsidentin der Österreichischen Lagergemeinschaft Auschwitz und Zeitzeugin Ella Lingens blieb das engagierte Eintreten für die Opfer des NS-Regimes und gegen das Vergessen.

WIR GRATULIEREN

DÖW-Kuratoriumsmitglied Gerhard **Roth** wurde für sein literarisches und publizistisches Gesamtwerk mit dem *Bruno Kreisky-Preis für das politische Buch* ausgezeichnet.

Kriegsgefangenenentschädigung auch für Vertriebene

Durch die 2002 erfolgte Änderung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes haben auch österreichische Staatsbürger, die nach dem „Anschluss“ 1938 flüchteten und nach Beginn des Zweiten Weltkrieges im Exil interniert wurden, Anspruch auf Leistungen nach diesem Gesetz.

§ 1 lautet:

„§ 1. Österreichische Staatsbürger, die im Verlauf des Ersten oder Zweiten Weltkrieges in Kriegsgefangenschaft gerieten, oder im Verlauf des Zweiten Weltkrieges oder während der Zeit der Besetzung Österreichs durch die Alliierten Mächte von einer ausländischen Macht aus poli-

HERBERT STEINER (1923–2001)

Herbert Steiner, Gründer und langjähriger wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, hätte am 3. Februar 2003 sein 80. Lebensjahr vollendet.

Herbert Steiner musste 1938 aus Österreich flüchten, seine Eltern fielen dem Holocaust zum Opfer. Im britischen Exil war er in der Jugendorganisation *Young Austria* tätig.

Anfang der 60-er Jahre bemühte er sich, zuerst im Rahmen des KZ-Verbandes, um die Gründung des DÖW, das 1963 als eine überparteiliche Einrichtung ins Leben gerufen wurde. Ehrenamtliche MitarbeiterInnen aus den Reihen der WiderstandskämpferInnen, KZ-Häftlinge und Verfolgten unterstützten ihn dabei; später kamen auch jüngere WissenschaftlerInnen hinzu.

Neben dem DÖW war er in der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, die seit 1965 alljährlich in Linz wissenschaftliche Tagungen durchführt, führend tätig. Herbert Steiner hat sich seit seiner Exilzeit für die Herausgabe der Werke des 1939 im KZ Buchenwald ermordeten Jura Soyfer engagiert und war maßgeblich an der Gründung der Jura Soyfer-Gesellschaft beteiligt. 1982 habilitierte er sich an der Universität Wien und hielt viel besuchte Lehrveranstaltungen ab. Am 26. Mai 2001 verstarb Herbert Steiner nach langer schwerer Krankheit.

Stellungnahmen von ZeitgenossInnen zu Herbert Steiner im Internet:
<http://www.doew.at/thema/steiner/kurz.html>

40 JAHRE DÖW

DÖW-Jahresversammlung im Mai 2003

Die traditionelle Jahresversammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes wird heuer nicht wie üblich im März, sondern aus Anlass des 40-jährigen Bestehens des DÖW im Rahmen einer Festveranstaltung am 5. Mai 2003 im Wiener Rathaus stattfinden.

(Programm in den nächsten *Mitteilungen*, Einladungen werden noch separat verschickt.)

tischen oder militärischen Gründen festgenommen und angehalten wurden, oder

sich auf Grund politischer Verfolgung oder drohender politischer Verfolgung im Sinne des Opferfürsorgegesetzes, BGBl Nr. 183/1947, außerhalb des Gebietes der Republik Österreich befanden und aus den in Z 2 angeführten Gründen von einer ausländischen Macht festgenommen und nach Beginn des Zweiten Weltkrieges angehalten wurden,

haben Anspruch auf eine Leistung nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes.“

Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz im Volltext:

<http://www.ris.bka.gv.at/taweb-cgi/taweb>

Zeitgeschichtliches im Internet

www.forschungsgesellschaft.at/vertrieben.htm

Die Internetseite des Projekts „Vertrieben. Erinnerungen burgenländischer Juden und Jüdinnen“ ist durch eine Datenbank mit Namen jüdischer Familien, die bis 1938 im Burgenland lebten, erweitert worden. Die Datenbank repräsentiert den aktuellen Stand und wird laufend erweitert. Sie ist nach Namen und Orten durchsuchbar und beinhaltet Familiennamen, Vornamen, Orte und in vielen Fällen Beruf und Geburtsdaten.

www.markt-pongau.at

Die Publikation „St. Johann 1938–1945 — Das nationalsozialistische Markt Pongau — Der 2. Juli in Goldegg — Widerstand und Verfolgung“ von Robert Stadler und Michael Mooslechner wurde wieder aufgelegt und kann online um EUR 20,- bestellt werden. Der Band enthält u. a. Berichte und Bilddokumente über das Kriegsgefangenenlager „STALAG 317“ in St. Johann, in dem Zehntausende, vor allem russische Kriegsgefangene interniert und zu Tode gebracht wurden, sowie Recherchen zur Tragödie der Deserteure von Goldegg-Weng.

Zum „Dritten Lager“ in Österreich

Der Publizist Prof. Kurt Diemann, der im Dezember 2002 das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst, 1. Klasse, erhielt, analysiert in *kathpress. Info-Dienst* (400, 3. 1. 2003) unter dem Titel „Österreich und sein ‚Drittes Lager‘“ geistige Traditionsströme und ihre aktuelle Bedeutung.

Lyrik von Alois Kaufmann

Von 1940 bis 1945 existierte auf dem Anstaltsgelände der Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ (des heutigen Otto Wagner-Spitals) unter der Bezeichnung „Am Spiegelgrund“ eine so genannte „Kinderfachabteilung“, in der rund 800 kranke oder behinderte Kinder und Jugendliche umkamen. Von Alois Kaufmann, einem Überlebenden des „Spiegelgrunds“ und Autor, erschien Ende 2002 ein schmaler Gedichtband: Gedanken-Lyrik, UHUDLA Edition.

Kraftwerk Kaprun

Während des Kriegs arbeiteten Kriegsgefangene und „Fremdarbeiter“ aus 25 Staaten in Kaprun. Anfangs wurden auch Gruppen von Juden eingesetzt. Falsch ist jedoch, so der Journalist und Buchautor Clemens M. Hutter, die Behauptung, 1944 seien KZ-Häftlinge aus Dachau zum Bau einer Staumauer nach Kaprun abgestellt worden. Hutter, von dem 1994 im Residenz Verlag die Publikation „Kaprun. Geschichte eines Erfolgs“ erschien, wendet sich damit gegen eine Darstellung von Heinrich Fritz (Stationen meines Lebens, Wien 1990).

VERANSTALTUNGEN

Im Rahmen des 1. Europäischen Sozialforums vom 6. bis 10. November 2002 in Florenz sprach Hermann Dworzak (Wien) über „die aktuelle Situation des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa“ und vertrat die Auffassung, Aufklärung allein reiche nicht aus, die negativen gesellschaftlichen Verhältnisse, die Rechtsextremismus/Rechtspopulismus hervorbringen, müssten geändert werden.

Die Ausstellung „Deportacija. Die Deportation der Kärntner Slowenen 1942“ wird bis 23. Februar 2003 täglich von 10.00 bis 19.00 Uhr in Wien gezeigt. Ort: Atelierhaus der Akademie der bildenden Künste (ehem. Semper-Depot), Mehrzwecksaal, 2. Stock, Lehargasse 8, 1060 Wien. Die von der Österreichischen Liga für Menschenrecht organisierte Veranstaltung, an der auch das DÖW mitwirkte, umfasst ein tägliches Kulturprogramm.



Herbert Exenberger
Heinz Riedel **Militärschießplatz Kagrán**

Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen — 6

Herbert Exenberger
Heinz Riedel
Militärschießplatz Kagrán

Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen — 6

Wien 2003, 112 Seiten

EUR 5,-



EINLADUNG ZUR BUCHPRÄSENTATION

Herbert Exenberger
Heinz Riedel

Militärschießplatz Kagrán

Es sprechen

BV Franz Karl Effenberg
Hubert Pfoch
Maria Fritsche
Herbert Exenberger
und
Heinz Riedel

Kulturprogramm

Zeit: Mittwoch, 12. März 2003
17.00 Uhr

Ort: Berufsschule für Gärtner
und Floristen, Aula
Donizettiweg 31
(Endstelle U1-Kagrán)
1220 Wien

Neonazistische Kulturgemeinschaft?

Im Herbst 2002 sind „Aufsätze, Reden und Schriften“ von Lisbeth Grolitsch erschienen: Die von ihr angeführte *Deutsche Kulturgemeinschaft (Europäischen Geistes)* (DKG/DKEG) mit Sitz in Graz hat diese (mehrheitlich bereits in den *Huttenbriefen* abgedruckten Texte) unter dem Titel „Notwende“ herausgegeben. Für den Satz des in Österreich gedruckten Buches zeichnet Franz Radl jun. verantwortlich. Die offen NS-apologetischen Inhalte des Machwerkes beschäftigen bereits die Behörden, und von Seiten des DÖW wird deswegen eine Neubewertung der DKG/DKEG als neonazistisch ins Auge gefasst.

In schwülstig-pathetischer Sprache behandelt Grolitsch vor allem die Biographien großer Deutscher (zu welchen sie — wenig überraschend — auch die Österreicher zählt). Zu einem „Großen unseres Volkes“ (S. 152) erklärt sie bezeichnenderweise auch Adolf Hitler, den sie wiederholt zustimmend zitiert.

Die erklärte Anhängerin des NS-Rassentheoretikers Hans F. K. Günther teilt auch dessen eugenische Postulate: „*Der genetische Bestand eines Volkes ist sein innerster Quell, der unbedingt rein erhalten werden muss. [...] Ohne ständig aufsteigende Begabungen aus dem Erbgut der Ganzheit Volk kann eine Kultur sich weder erhalten noch steigern. Sie bedarf des Genies. Deshalb ist nicht nur der einsatzfähigen Ausbildung der begabten Anlagen größte Aufmerksamkeit zu widmen, sondern vor allem den genealogischen Bahnen zu ihrem Begabungsaufstieg, d. h. nicht nur Begabtenförderung im sozialen, sondern auch im erblichen Sinne durch entsprechende Leitbilder und Zusammenführung der Menschen mit besonderen Erbanlagen.*“ (Ebenda)

Es ist aber vor allem die anhaltende Treue zum „Führer“, die Grolitsch und die DKG/DKEG mit dem NS-Verbotsgesetz in Konflikt bringen dürfte. Sie schreibt: „*Als es Adolf Hitler endlich gelang, das zerrissene und notleidende Deutsche Volk zu einen und die Knechtschaft von Versailles zu beenden, wurde Deutschland zum Weltfeind Nr. 1 erklärt. Es hatte gewagt, sich dem Vernichtungswillen der Sieger zu widersetzen und seine Freiheit zu erlangen.*“ (S. 209) An anderer Stelle heißt es: „*Das durch Adolf Hitler aus sei-*

ner Not gerissene und erstarkte Deutsche Volk war die einzige Barriere, die den Völkern Europas die bolschewistische Revolution im eigenen Land erspart hat.“ (S. 247) Der geliebte „Führer“ habe „die Lösung in der ungestörten Entwicklung der urwüchsigen Volkskraft gefunden“ (S. 249). Sein „Kampf galt der Wiederherstellung des Lebensrechtes des Deutschen Volkes unter anderen Völkern. Diesem Ziel hat er mit dem vollen Einsatz seines Lebens gedient unter Bereitstellung aller genialen Fähigkeiten seiner Persönlichkeit.“ (Ebenda) Schließlich habe Hitler bis heute gültige „Wege“ zur „Lösung“ der „großen Menschheitsfragen“ (ebenda) gewiesen.

Auch dem Feindbild „Jude“ ist Grolitsch bis heute treu geblieben: Die USA würden „durch das jüdisch gelenkte internationale Geldmachtsystem [angeführt]“ (S. 209) und England sei der „verlängerte[r] Arm der jüdisch gelenkten United States“ (S. 257). In der „sich täglich vollziehenden Einwanderung fremder Völkerschaften und Rassen“ sieht Grolitsch „die Schritt-für-Schritt-Verwirklichung eines Planes, der schon lange vor dem Ausbruch des 2. Weltkrieges gefasst worden ist“. (S. 277) Natürlich ist dieser Plan für die ehemalige BDM-„Gauunterführerin“ ein jüdischer: „*Dem Anspruch auf weltbeherrschende Macht im Namen eines orthodoxen Auserwähltheitswahnes stand und steht die Stärke und Tüchtigkeit des Deutschen Volkes und Reiches im Wege; darum soll das Deutsche Volk vernichtet werden.*“ (Ebenda) Grolitsch selbst stellt den Antisemitismus ins Zentrum der Aktivitäten des DKG/DKEG: „*Die Auseinandersetzung mit den ‚Dunkelmännern‘ unserer Zeit, die mit äußerstem Machtanspruch der Welt ihre krankhaften Wahnvorstellungen aufnötigen wollen, steht im Mittelpunkt unseres geistigen Kampfes.*“ (S. 283)

Olympia-Liederabend mit Neonazi

Die Wiener Burschenschaft *Olympia*, die u. a. den FPÖ-Politiker Martin Graf zu ihren „Alten Herren“ zählt, lädt am 25. Jänner, 20 Uhr, zu einem „nationalen Liederabend“ mit Michael Müller. Bei diesem handelt es sich um jenen deutschen Neonazi, der mit seinem Liedgut Eingang in

den NPD-Verbotsantrag des Deutschen Bundestages und -rates gefunden hat. Konkret wird dort auf Müllers Auftritte bei Veranstaltungen der *Jungen Nationaldemokraten (JN)* und der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)* 1998 und 1999 eingegangen. Damals trug er u. a. in Abwandlung eines Liedes von Udo Jürgens ein Lied mit folgenden Strophen vor: „*Mit 6 Millionen Juden, da fängt der Spaß erst an, bis 6 Millionen Juden, da ist der Ofen an. [...] Wir haben reichlich Zyklon B. [...] Bei 6 Millionen Juden, ist noch lange nicht Schluss.*“

Dokumentiert sind zahlreiche Auftritte Müllers bei Neonazi-Treffen, zu-

letzt beim „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ am 17. August 2002 in Wunsiedel. Müller, Aktivist der *Prager Burschenschaft Teutonia zu Regensburg*, war auch für die musikalische Gestaltung einer Skinhead-Party in München Mitte Jänner 2001 verantwortlich. Am Rande dieser Party schlugen Teilnehmer einen Griechen fast tot. Der Haupttäter soll von Müller danach in das Haus der Münchener Burschenschaft *Danubia* gebracht worden sein, von wo er sich am nächsten Tag ins Ausland absetzte. In Regensburg sieht sich Müller deswegen gegenwärtig einem Verfahren wegen Strafvereitelung ausgesetzt.

Am 21. Jänner nahm Müller im *Standard*-online zu den Vorwürfen Stellung. Mit seinem Lied „Mit 6 Millionen Juden“ habe er nicht „auf eine Verherrlichung eines Genozides“ abgezielt, „sondern vielmehr auf die Lächerlichkeit [...], die Hinterfragung einer symbolträchtigen Zahl zu inkriminieren“. Für Müller ist also die juristische Verfolgung von Holocaust-Leugnern lächerlich.

Auch habe er mit diesem Lied „Kritik“ daran üben wollen, „dass es Forderungen nach Wiedergutmachungszahlungen für Menschen gibt, die nach dem 2. Weltkrieg geboren wurden und somit ein Ende der ‚Büßerpflcht‘ kaum abzusehen ist“. Darüber hinaus teilt Müller mit, dass „der Vorwurf der Strafvereitelung bzgl. des Vorfalles in München eingestellt wurde“.

Zur Zeit wirbt für Neonazis

In der Ausgabe 4/2003 der FPÖ-nahen Wochenzeitschrift *Zur Zeit* findet sich ein Artikel über die Internet-Homepage von

Jänner 2003

Radio Freiheit. Schon der Beginn dieses Artikels lässt den Leser erahnen, dass es sich hierbei um eine problematische Homepage handelt. Schreibt doch der nicht namentlich genannte Autor einleitend: „Eines der wesentlichen Merkmale des Weltnetzes ist der Umstand, dass sich hier jene, die sich bisher kaum öffentlich artikulieren können, dies nun dank der geringen Kosten und der geringen Zensurmöglichkeiten können und das in immer größeren Maße auch tun.“ Dies erkläre auch das „hysterische Geschrei des Establishments nach mehr Zensurmöglichkeiten“.

Was nun folgt, ist ein offener Lobgesang auf die Homepage von *Radio Freiheit* als ein „besonderes Beispiel für eine oppositionelle Netzseite“. Die auf *Radio Freiheit* wiedergegebenen Sendungen seien eine „Mischung aus Musik und Wortmeldungen, zumeist sehr pointierte Kommentare zu aktuellen Geschehen oder spezifische Informationen aus der Dissidentenszene der BRD“. (Zur Zeit 4/2003, S. 26)

Die als neonazistisch zu bezeichnende Homepage wird von Waldemar Maier, einem Aktivist der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD), gestaltet. Gegen die NPD, der im deutschen Verfassungsschutzbericht 2001 u. a. eine „Verharmlosung des NS-Regimes“, eine „Heroisierung von NS-Protagonisten“ und eine „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ attestiert wird, läuft derzeit ein Verbotsverfahren. Im gleichen Verfassungsschutzbericht finden sich zu Maier folgende Einträge: „Ein weiteres Bekenntnis zur Volksgemeinschaft und zu einem volksbezogenem Sozialismus legte das Redaktionsmitglied der ‚Deutschen Stimme‘ Waldemar MAIER in der Februar-Ausgabe ab. Unter der Überschrift ‚Anspruch und Wirklichkeit der Demokratie in Deutschland‘ erklärte MAIER, das Wohlergehen der ‚Nutznießer des herrschenden Systems‘ beruhe auf der Unfreiheit der Nation und der Zerstörung der Volksgemeinschaft.“

Auf der von *Zur Zeit* so wohlwollend besprochenen Homepage findet sich auch ein Spendenaufruf für den neonazistischen Liedermacher Frank Rennie und seine Familie. Rennie wurde im Oktober 2002 in zweiter Instanz vom Stuttgarter Landgericht wegen Volksverhetzung zu einer mehrmonatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Unter der Rubrik „Gesprächskreis“ findet man bei *Radio Freiheit* ein Diskussionsforum und eine Auflistung von Links zu jenen Gruppen, die *Zur Zeit* euphemistisch als „Dissidentenszene der BRD“ bezeichnet. Bei den vermeintlichen Dissidenten handelt es sich

u. a. um NPD-Landesverbände und um Organisationen, die eindeutig der neonazistischen Szene zuzurechnen sind.

Romig im „Dschihad gegen die McWorld“

Die Jänner-Ausgabe der *Aula* widmet ihren Schwerpunkt der aktuellen Außenpolitik der USA. Friedrich Romig beginnt mit einem Rundumschlag gegen die Demokratie, welcher der *Aula*-, „Schriftleitung“ den Hinweis abnötigt, dass Romigs „Meinung sich nicht in allen Punkten mit jener der Redaktion decken muss“. (*Aula* 1/2003, S. 23) Dabei zitiert sich der Theologe selbst: „‚Demokratische Regime‘, so wurde den vor Entsetzen aufkreichenden Gutmenschen vorgehalten, unterscheiden sich vom Nationalsozialismus heute unter anderem dadurch, dass die Schreibtischtäter à la Eichmann durch die Abstimm-Mörder auf den Parlamentsbänken ausgetauscht wurden, mit dem Erfolg, dass jetzt zehnmals mehr Unschuldige völlig legal umgebracht werden als Hitler Juden illegal ermorden und vergasen ließ.“ (Ebenda, S. 22) „Vorgehalten“ wurde dies von Romig selbst im Rahmen einer FPÖ-Veranstaltung im Mai 1997. (*Wiener Zeitung*, 29. 5. 1997)

Seinen Antisemitismus transportiert Romig einmal mehr mittels Andeutungen und Codes: „Die ‚freie‘ Marktwirtschaft hat zu einer ungeheuren Vermachtung, vor allem auch auf dem Gebiet der Hochfinanz, geführt. ‚Der Kredit, das Lebenselement der Wirtschaft‘, um nochmals einen der großen Päpste zu zitieren (Pius XI.), ist derart unter ihrer Faust, dass niemand gegen ihr Geheiß auch nur zu atmen wagen kann.‘ John F. Kennedy, der gegen dieses in privaten Händen befindliche Privileg aufmucken und anstelle des Federal Reserve Systems eine staatliche Notenbank schaffen wollte, wurde umgehend ermordet. Seither müssen selbst hochentwickelte Staaten ihre Währungshoheit an jene mafiose Clique abtreten, die es versteht aus dem Nichts der Geldmengenvermehrung und ‚Kreditschöpfung‘ sich schamlos zu bereichern und die Sparer zu enteignen.“ (Ebenda) Abschließend macht Romig sich und Gleichgesinnten Mut, denn der „Widerstand“ (gegen die USA und Israel) lasse sich nicht mehr „nur in den vernetzten Terrororganisationen verorten“, sondern habe sich ausgeweitet: „Im heiligen Krieg gegen die westliche Dekadenz, dem ‚Dschihad gegen die McWorld‘, entscheiden sich immer mehr

kulturtragende Kräfte im Westen für den ‚Dschihad‘ und damit gegen den Terrorismus der ‚Schurkenstaaten par excellence: die USA und Israel‘ (so Noam Chomsky). Vor Jahren war es noch die Linke, die gegen die USA und Israel Front machte, jetzt ist es die Rechte.“ (Ebenda, S. 23)

Ochsenberger vor neuen Taten

Nach seiner Haftentlassung im Dezember 2002 versucht der Vorarlberger Neonazi Walter Ochsenberger, mit seiner Zeitschrift *PHOENIX* weiterzumachen. Jedoch werde sich, so Ochsenberger in einem Brief an die „Kameraden“, die Herausgabe einer neuen Nummer „um einige Wochen verzögern“. Als Grund dafür gibt er die „noch nicht gesicherte Finanzierung“ an.

Ochsenberger verspricht in dem Schreiben, dass sich an der inhaltlichen Ausrichtung von *PHOENIX* nichts ändern wird: „Wir werden auch in Zukunft gegen alle Widerstände für Wahrheit und Gerechtigkeit eintreten.“ Einmal mehr macht er sich und seinesgleichen Mut: „Unser unermüdlicher Kampf um die geschichtliche Wahrheit und Freiheit zur Selbstbestimmung auch für unser deutsches Volk [...] wird von Erfolg gekrönt sein. Da sind wir uns ganz sicher! Wir stehen nicht allein unsere Verbündeten sind alle unterdrückten und von USrael bevormundeten Völker, die sich an diesem größten und umfassendsten Befreiungskampf in der Menschheitsgeschichte beteiligen werden.“

Die österreichische Republik nennt Ochsenberger in seinem Brief eine „Hurendemokratie unter USraels Herrschaft“.

„Tag der Volkstreuen Jugend“

Die zu Jahresbeginn in *Bund freier Jugend* (BfJ) umbenannte *AFP-Jugend* mobilisiert bereits für ihren „Tag der Volkstreuen Jugend“, der am 8. März in Oberösterreich (vermutlich Linz oder Offenhausen) über die Bühne gehen soll. Auf dem Programm stehen Referate von Günter Rehak („Die Kriegspolitik der USA“), Herbert Schweiger („Grundsätze einer nationalen Bewegung“) und Konrad Windisch („Wie’s gestern war und morgen wird“). Darüber hinaus ist u. a. geplant: eine „Jugend-Dichterlesung“ und „Volks- und Freiheitslieder mit Jörg H.“ (gemeint ist vermutlich der NPD-Kader Jörg Hähnel). Da es sich hierbei um eine „geschlossene Veranstaltung“ handelt, müssen sich Interessierte schriftlich um eine Einladung bemühen.

Gürtler, Christa, Sigrig Schmid-Bortenschlager: Erfolg und Verfolgung. Österreichische Schriftstellerinnen 1918–1945. Fünfzehn Porträts und Texte. Salzburg, Wien, Frankfurt/Main: Residenz Verl. 2002. 320 S.

Die Literaturwissenschaftlerinnen Gürtler und Schmid-Bortenschlager, ausgewiesen durch fundierte Publikationen über österreichische Literatur von Frauen und bibliographische Arbeiten, stellen in fünfzehn Porträts mit Textbeispielen Schriftstellerinnen aus Österreich vor. Hier stehen Frauen, die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ins Exil getrieben oder ermordet wurden, neben Autorinnen, die freudigen Herzens diese nazistische Machtübernahme begrüßten und sich blind gegenüber ihrer Kulturbarbarei zeigten. Erinnert sei etwa an den leidenschaftlichen Protest Hermynia Zur Mühllens gegen einen NS-Verlag, veröffentlicht am 26. Oktober 1933 in der *Arbeiter-Zeitung*, an ihren Roman „Unser Töchter, die Nazinen“ oder an das Buch von Lili Körber „Eine Jüdin erlebt das neue Deutschland“, das 1934 von Richard Lanyi in Wien herausgebracht wurde. Übrigens wurde der engagierte Verleger Richard Lanyi am 2. Februar 1942 von der Gestapo festgenommen und starb am 28. Mai 1942 in Auschwitz. Ihnen gegenüber standen etwa Paula Grogger mit ihrem Beitrag in der 1938 erschienenen peinlichen Huldigungsadresse an Adolf Hitler — dem sattsam bekannten „Bekennnisbuch österreichischer Dichter“ — oder die widersprüchliche Grete von Urbanitzky und deren totaler Gleichschritt mit den nationalsozialistischen Schriftstellern auf dem internationalen PEN-Kongress in Ragusa gegen die vertriebene deutsche Literatur.

In einfühlsamen Darstellungen behandeln Christa Gürtler und Sigrig Schmid-Bortenschlager Leben und Werk von Vicki Baum, Veza Canetti, Bertha Eckstein-Diener, Else Feldmann, Paula Grogger, Mela Hartwig, Gina Kaus, Alma Johanna Koenig, Lili Körber, Maria Leitner, Lina Loos, Paula Ludwig, Adrienne Thomas, Grete von Urbanitzky und Hermynia Zur Mühlen. Über die Auswahlkriterien der hier veröffentlichten Textbeispiele meinen die Autorinnen in ihrer Einleitung: „Die Frage der literarischen Wertung kann an dieser Stelle zwar nicht ausgeklammert

werden, stellt sich unter einer geschlechtsspezifischen Perspektive allerdings anders und muss den literarischen Kanon hinterfragen.“ Einige dieser Schriftstellerinnen, wie etwa Veza Canetti oder Else Feldmann, erfuhren erst in den letzten Jahren eine Wiederentdeckung, wobei das DÖW im Falle der am 17. Juni 1942 im Vernichtungslager Sobibor ermordeten Else Feldmann nicht unbedeutende Vorarbeiten für die Literaturwissenschaft und für Publizisten leistete.

Werkverzeichnisse der fünfzehn Autorinnen, Kurzbiographien sowie ergänzende Literatur- und Quellenangaben vervollständigen diesen informativen Band zur österreichischen Literatur der Jahre 1918 bis 1945. Man darf auf weitere Porträts von Schriftstellerinnen, gestaltet von Gürtler und Schmid-Bortenschlager, gespannt sein. Ein breites Spektrum — von Hilde Spiel bis Hedwig Rossi — gibt es da noch zu bearbeiten, damit die unglaublichen Versäumnisse des österreichischen Staates, der öffentlichen Körperschaften und über weite Strecken der österreichischen Literaturwissenschaft, die „weiterhin den Großen der Naziliteratur bis zu deren Tod Beistand geleistet und für die Ermordeten sowie für die erste Generation der österreichischen Nachkriegsdichter gar kein Interesse gezeigt“ haben, überwunden werden kann.

H. E.

Feldbauer, Gerhard: Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien. Von Mussolini bis Berlusconi und Fini. Köln: PapyRossa Verlag 2002. 224 S.

Renner, Jens: Der neue Marsch auf Rom. Berlusconi und seine Vorläufer. Zürich: Rotpunktverlag 2002. 198 S.

Einige italienische Intellektuelle wie der Literaturnobelpreisträger Dario Fo warnen bezogen auf die Berlusconi-Regierung vor der Gefahr eines „neuen Faschismus“ und zogen Parallelen zu Mussolinis „Marsch auf Rom“ im Oktober 1922. Gleich zwei deutschsprachige Veröffentlichungen zum Thema greifen das letztgenannte Bild auf und beschäftigen sich mit der historischen und aktuellen Dimension der genannten Problematik.

Der Publizist Gerhard Feldbauer versteht sein Buch „Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien“ als Ab-

handlung über die Grundzüge des Faschismus und den Kampf dagegen (vgl. S. 10). In sechs Kapiteln beschreibt er zunächst Entstehung, Entwicklung und Niedergang des Mussolini-Regimes, den Kampf der Resistenza dagegen und die Kontinuitäten der faschistischen Bewegung nach 1945. Dem folgen Ausführungen über die historisch-politische Entwicklung der italienischen Kommunisten und Sozialisten und eine abschließende Einschätzung der Berlusconi-Regierung. Sie bezeichnet Feldbauer als ein „rechtsextremistisches Kabinett“ (S. 186) und ein „profaschistisches Regime“ (S. 10). Der historische Faschismus sei für den „italienischen Imperialismus“ die zuverlässigste Form der Machtausübung gewesen (vgl. S. 29) und auch durch die opportunistische und revisionistische Politik der Sozialisten möglich geworden (vgl. S. 84). Feldbauer hatte sich noch zu DDR-Zeiten in italienischer Geschichte habilitiert und die damit verbundene politische Prägung merkt man auch seinem Buch an. Es liest sich über weite Strecken wie eine staatsoffizielle Schrift im Sinne der SED und ist von einer dogmatischen marxistisch-leninistischen Faschismustheorie geprägt. In Verkennung auch anderer marxistischer Faschismusforschung wird der Faschismus weitgehend auf seinen „Klassencharakter“ (vgl. S. 41) reduziert. Und während die Kommunisten immer die richtige Analyse und Politik gegenüber dem faschistischen Regime praktizierten, wurde diese von den „opportunistischen“ und „revisionistischen“ Sozialisten torpediert. So einfach kann manchmal die Welt sein! Auch selbst angekündigte Versprechungen löst der Autor nicht ein: die Grundzüge des Faschismus werden keineswegs theoretisch beschrieben, überhaupt arbeitet der Autor ohne nähere Begriffsbestimmungen oder Raster. Der Dogmatismus seiner Darstellung entwertet das Buch leider auch an den Stellen, wo das Dargestellte nähere Auseinandersetzungen verdient hätte, etwa bei der gesellschaftlichen Unterstützung für den Faschismus in Vergangenheit und Gegenwart.

Das zweite Buch, „Der neue Marsch auf Rom. Berlusconi und seine Vorläufer“ von dem Journalisten Jens Renner, will zum einen eine Bilanz nach dem ersten Jahr der Regierung Berlusconi ziehen und die Politik der italienischen Neofaschisten untersuchen und zum anderen den historischen Faschismus und die Argumente seiner konservativen Apologeten einer kritischen

Analyse unterziehen. Im ersten Teil beschreibt der Autor das Vorgehen der Regierung bezogen auf den Abbau der Arbeitsrechte, die Gängelung der Justiz und die Stärkung der Exekutive als Ausdruck einer gesellschaftlichen Restauration. Danach geht es um die Entwicklung der *Alleanza Nazionale*, die keinen wirklichen demokratischen Wandel durchgemacht habe, sondern eine Partei des modernisierten Neofaschismus sei. Und schließlich widmet sich Renner hier noch dem italienischen Historikerstreit um die insbesondere von Renzo De Felice vertretenen Deutungen des Faschismus als modernisierender Kraft. Der folgende ausführlichere Teil geht auf den Aufstieg, die Entwicklung und den Niedergang des Mussolini-Regimes ein, wobei es um die Herausbildung und Unterstützung durch die herrschende Elite, um die Politik von Staatsterror und Propaganda, die Bedeutung des Antisemitismus und Rassismus, die Außenpolitik und Kriege sowie um das Ende der Republik von Saló geht.

Renner hält die Berlusconi-Regierung nicht für eine modernisierte Kopie des Originals, sieht aber in dem von ihm „italienisches Rechtsregime“ genannten politischen Komplex ein Modell für „Neofaschisten“ und „Rechtspopulisten“ in Europa. Sein Buch ist gut lesbar, klar strukturiert und liefert so auch einen guten Überblick zur historischen Entwicklung des italienischen Faschismus. Die Ausführungen zur Berlusconi-Regierung wirken demgegenüber etwas fragmentarisch. Auch bei den Ausführungen zur *Alleanza Nazionale* hätte man sich noch detailliertere Analysen und Belege zur Interpretation des umstrittenen Entwicklungsprozesses der Partei gewünscht. Und schließlich wirkt die Bewertung der Berlusconi-Regierung vor dem Hintergrund der eigentlichen Fragestellung etwas unausgegoren und unklar. Renner argumentiert im geschichtlichen Teil aus einer marxistisch geprägten sozialhistorischen Sicht, wobei er sich zwar von der vulgärmarxistischen Deutung des Faschismus als „Büttel des Kapitals“ (vgl. S. 93 f.) distanziert, gleichwohl aber eine einseitig ökonomiezentrierte Deutung mit pauschalen Verweisen auf die „Herrschenden“ oder die „Klassen“ vornimmt. Trotz dieser besonderen Gewichtung handelt es sich um eine gute Überblicksdarstellung zum Thema. Insofern ist Renners Buch Feldbauers Werk eindeutig vorzuziehen. Allerdings mangelt es beiden an einer differenzierteren Erörterung des besonderen politischen Charakters der Berlusconi-Regierung.

apt

Kotek, Joel, Pierre Rigoulot: Das Jahrhundert der Lager. Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung. Berlin: Propyläen-Verlag 2001. 768 S.

Das 20. Jahrhundert gilt als „Jahrhundert der Extreme“ (Eric Hobsbawm), es kannte sowohl die Ausbreitung von Demokratie und Menschenrechten als auch von Diktatur und Unterdrückung. Instrumente von letzterem waren Konzentrationslager, deren Geschichte der belgische Historiker Joel Kotek und der französische Historiker Pierre Rigoulot in dem voluminösen Band „Das Jahrhundert der Lager“ erzählen. Am Beginn ihrer Darstellung steht der schwierige Versuch der Definition und Abgrenzung: Die Autoren verstehen unter der Bezeichnung „ein eilig und oberflächlich ausgestattetes, zumeist hermetisch abgeriegeltes Gelände, auf dem massenhaft, unter prekären Umständen und fast ohne Rücksicht auf elementare Rechte Einzelne oder Gruppen, die als schädlich oder gefährlich gelten, eingesperrt werden“ (S. 11). Im Unterschied zu Gefängnissen zielt das Konzentrationslager weniger auf Individuen als solche ab, sondern auf Angehörige von Gruppen, die aufgrund dieser Zugehörigkeit massenhaft zu konzentrieren seien (vgl. S. 13).

Den einleitenden Ausführungen folgt dann als Hauptteil eine umfangreiche Darstellung der Entwicklung von Konzentrationslagern unter unterschiedlichen politischen Systemen und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen: Sie setzt bei den spanischen Lagern auf Kuba 1896 und den britischen Lagern in Südafrika nach 1900 ein, widmet sich den Gulag-Lagern in der Sowjetunion und den Konzentrationslagern im Nationalsozialismus sowie den Lagern in anderen Diktaturen der Zwischenkriegszeit und geht danach auf Lagertypen in den Ostblockstaaten, den lateinamerikanischen Militärdiktaturen, den kommunistischen Systemen in Asien und auf die Konzentrationslager in Ex-Jugoslawien ein. Je nach Bedeutung und Wissensstand sind die jeweiligen Ausführungen umfangreicher oder knapper gehalten: Während sich in dem Buch etwa nur knappe Ausführungen zu den ersten Lagern auf Kuba oder den kommunistischen Lagern in China finden, enthält es umfangreiche Ausführungen zu den Konzentrationslagern im Nationalsozialismus und den Gulag-Lagern im Stalinismus.

Bereits in der Einleitung nehmen Kotek und Rigoulot wichtige Differenzierungen

hinsichtlich der Funktionen und Typen von Lagern vor. So unterscheiden sie Internierungslager zur vorübergehenden Isolierung von als gefährlich oder verdächtig geltenden Individuen, Konzentrationslager zur systematischen Erniedrigung und Zwangsarbeit sowie zur Umgestaltung der Gesellschaft und Zentren zur sofortigen Tötung und Vernichtung von Menschen. Entsprechend setzen die beiden Historiker auch nicht Auschwitz und die Gulag-Lager gleich: „In den Lagern der UdSSR ging es um Isolation, Strafe und Produktion, wobei Verluste an Menschenleben billiger in Kauf genommen wurden. Dagegen ging es bei den deportierten Juden des NS-Staates um eine Vernichtung, selbst wenn die Arbeitskraft mancher vor dem Gang in die Gaskammer noch ausgebeutet wurde. Aus den Augen von Opfern mag der Unterschied spitzfindig erscheinen. Aber er ist dennoch entscheidend“ (S. 213). Hinsichtlich der Funktionen unterscheiden Kotek und Rigoulot: die vorbeugende Isolierung, die Bestrafung und Umerziehung, die Terrorisierung der Zivilbevölkerung, die Ausbeutung von Arbeitskräften, die Umgestaltung der Gesellschaft und die Vernichtung von als „Schädlingen“ geltenden Menschen (vgl. S. 19 f.).

Der Darstellung kommt das Verdienst zu, das bisherige Wissen über die Entwicklung von Konzentrationslagern in unterschiedlichen Zusammenhängen systematisch zusammengefasst und inhaltlich aufbereitet zu haben. Zwar liegen zahlreiche Studien über einzelne Lager oder Lager-systeme in bestimmten politischen Systemen vor, an einer solchen umfassenden Darstellung mangelte es bislang (mit Ausnahme der Arbeit von Andrzej Kaminski). In „Das Jahrhundert der Lager“ findet man auch Ausführungen zu bislang weniger bekannten Lagersystemen, seien dies die Lager zur Internierung der Hereros durch deutsche Truppen 1904 oder die Lager im kommunistischen China seit 1949. Darüber hinaus liefern die beiden Autoren auch Ausführungen zu beachtenswerten Detailfragen wie etwa die Nutzung von Konzentrationslagern durch eine parlamentarische Demokratie im Fall der britischen Lager für die Buren oder zur Rolle einer Häftlingslagerleitung durch Kommunisten in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern.

Kotek und Rigoulot blieben allerdings nicht bei der Präsentation von Fakten und Informationen stehen, sondern ordneten die verschiedenen Lager auch den erwähnten Funktionen und Typen zu. Dadurch vermeiden sie unangemessene Gleichset-

zungen und die politische Instrumentalisierung ihrer Darstellung. Ihr mangelt es allerdings an einer systematischen historischen Einordnung der Lager. Zwar sprechen die beiden Historiker davon, dass „die Lager eine Erfindung der modernen Welt“ (S. 17) und eine „Umsetzung der Ziele des modernen Staates“ (S. 669) seien. Eine nähere Begründung dieser These findet man in dem Band allerdings nicht. Auch fehlt es an einer Auseinandersetzung mit den bisherigen Deutungs- und Forschungsansätzen dazu, etwa denen von Zygmunt Bauman, der noch nicht einmal im Namensregister auftaucht. Gleichwohl handelt es sich um eine bedeutende und herausragende Arbeit, die bislang beste Veröffentlichung zum Konzentrationslager-Komplex in unterschiedlichen politischen Systemen. apt

Schmalhausen, Bernd: Josef Neuberger (1902–1977). Ein Leben für eine menschliche Justiz. Mit zahlr. Abb. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002. 141 S.

„Neuberger war der erfolgreichste Justizminister dieses Landes, wobei ihm allerdings die Zeit auch günstig war. Er stieß auf einen Reformstau der immer konservativer gewordenen Justizpolitik. Ihm bot sich damit die Chance, die Justiz in eine ‚zeitgerechte Justiz‘ umzuwandeln, eine Chance, die seine Nachfolger anschließend nicht mehr hatten.“

So hat Heinz-Hugo Röwer, der erste persönliche Referent des Ministers und spätere Staatssekretär, der insgesamt fünf Landesjustizminister erlebt hat, seinen ehemaligen Chef beschrieben. Mag sein, könnte man antworten. Vielleicht verstanden sich die beiden besonders gut oder es gab andere Gründe. Seit der Essener Staatsanwalt Bernd Schmalhausen seine Neuberger-Biographie vorgelegt hat, sollte man Röwers Beschreibung nicht mehr anzweifeln. Schmalhausen portraitiert Neuberger nicht nur als Person, er ordnet ihn auch in die Landespolitik ein und beschreibt kenntnisreich die späten 60-er und frühen 70-er Jahre in Nordrhein-Westfalen. Dass er Neuberger vorstellt, versteht sich von selbst. Dennoch verdient die Art, wie er das tut, besonders hervorgehoben zu werden. Der Jurist Schmalhausen kann nämlich erzählen, was man nicht von jedem Juristen sagen kann, und er versetzt sich in sein Publikum. Das bevorzugt bei Lebensbildern die Chronologie, die Schmalhausen strikt beachtet. Es macht schlicht Freude, das Buch zu lesen, und mancher

findet es gewiss schade, wenn er nach knapp 150 Seiten am Ende ist.

Bei Josef Neuberger's Biographie muss viel beachtet und historisch erklärt werden. Er wurde am 11. Oktober 1902 als Kind jüdischer Eltern in Antwerpen geboren, wohin seine Eltern vor Beginn des Ersten Weltkrieges wegen häufiger Pogrome geflohen waren — und zwar aus Galizien, das bis 1918 zu Österreich gehörte. Das und die spätere Ausweisung aus Antwerpen als „feindliche Ausländer“ sind deshalb so wichtig, weil die liberale jüdische Familie viele Jahre lang um die deutsche Staatsbürgerschaft kämpfen musste. Schmalhausen schildert die Einzelheiten leicht verständlich. Die Familie zog jedenfalls ins nahe Düsseldorf, wo Neuberger Jura studierte. Er wollte Anwalt werden. Ende 1938, nach der Reichspogromnacht, flüchtete die junge Familie über Amsterdam nach Palästina. Während Josef ein zweites Jurastudium begann, um im britisch verwalteten Palästina Anwalt werden zu können, gründete seine Frau Ilse in Nahariya am Mittelmeer eine kleine Pension, um die Familie zu ernähren. Mit dem Ende des Naziterrors in Europa begann für Neuberger's eine Zeit, die tiefe Narben hinterlassen hat. Er wollte zurück ins heimische Düsseldorf, sie sah das als Verrat an Palästina und Israel an, wo sie Zuflucht und Sicherheit gefunden hatten. So verließ Neuberger seine Frau und die beiden Söhne, kehrte im März 1952 nach Düsseldorf zurück, ließ sich als Anwalt nieder, wurde in der lokalen SPD aktiv und engagierte sich in der kleinen jüdischen Gemeinde, die es 1952 bereits wieder gab. Drei Jahre später folgten Ilse Neuberger und der jüngere Sohn. Der Ältere blieb in Israel und nahm an mehreren Kriegen teil.

Der Anwalt Neuberger bekam sofort seine Zulassung am Amts- und Landgericht, machte sich als Strafverteidiger einen Namen, einer breiten Öffentlichkeit wurde er allerdings erst 1965 mit der „Klingelpütz-Affaire“ bekannt. Im Kölner Gefängnis Klingelpütz war es damals zu etlichen mysteriösen Todesfällen gekommen, die sich bald als Gefangenenmisshandlungen durch Vollstreckungsbeamte erwiesen. Das Land erlebte eine schwere Justizkrise, der Landtag setzte einen Untersuchungsausschuss ein, Josef Neuberger übernahm den Vorsitz. Die Krise fiel zusammen mit dem Ende der CDU-Regierungen in Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsident wurde der Sozialdemokrat Heinz Kühn — wie Neuberger von den Nazis in die Emigration gezwungen. Der zögerte nur kurz — Neuberger war damals immerhin schon 64 Jahre alt — und holte ihn dann als

Justizminister in seine Regierung. Neuberger stürzte sich förmlich in die Arbeit. Einige Stichworte: Strafvollzug, Wirtschaftskriminalität, Juristenausbildung, Umweltschutz — also gewaltige Reformprojekte. Neuberger packte sie nicht nur an, er setzte sie sogar in nur sieben Jahren um. Neuberger war Workaholic. Seine Arbeitswut ging zu Lasten der Familie. Im Ministerium war er rundum beliebt. Allenfalls an seiner ziemlich schlichten Garderobe nahmen die drei Vorzimmerdamen gelegentlich Anstoß. Zu Hause war er äußerst selten. Er jagte von Termin zu Termin, ging nicht spazieren, litt an Übergewicht und Mangel an Bewegung. Im September 1972 — einen Monat bevor er 70 wurde — trat er zurück und starb 74-jährig am 12. Januar 1977 an einem Krebsleiden.

All das und noch viel mehr beschreibt Bernd Schmalhausen in seinem ohne jede Einschränkung gelungenen Buch.

H. L.

Schmidt, Rainer F.: Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933–1939. Stuttgart: Klett-Cotta 2002. 448 S.

Der deutsche Historiker Rainer F. Schmidt hat eine analytische Studie über die deutsche Außenpolitik von der Machtergreifung der Nazis bis zum militärischen Überfall auf Polen verfasst. Er setzt dabei die deutsche Politik stets in Bezug zu den bestimmenden Faktoren im außenpolitischen Agieren der anderen europäischen Großmächte. Aber auch die verschiedenen Konzeptionen der NS-Außenpolitik werden instruktiv dokumentiert. Dabei war von Beginn an — aller vorgeschobenen Friedensrhetorik zum Trotz — die Gewinnung von „Lebensraum“ im Osten die bestimmende Komponente.

Schon 1933 wurde dem System kollektiver Sicherheit mit den Austritten aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbund eine Absage erteilt. Die auf Revision des Versailler Friedensvertrages gerichtete Politik (Rückgewinnung des Saarlandes, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland) erreichte ein hohes Maß an Zustimmung in der Bevölkerung. Durch eine geschickte Vertragspolitik (Nichtangriffspakt mit Polen 1934, deutsch-britischer Flottenvertrag 1935) verschleierte die Diktatur ihre aggressiven Absichten. Während die traditionelle französische, auf Eindämmung Deutschlands bedachte Politik gescheitert war, vollzog der britische Premierminister Chamberlain mit der

Appeasementpolitik eine Wende. Hatte sich schon die Versailler Ordnung als untauglich erwiesen, den deutschen Wiederaufstieg zu verhindern, so sollte durch Erfüllung deutscher Wünsche und die Einbeziehung Nazideutschlands in eine europäische Vertragspolitik ein Krieg verhindert werden. Mit der passiven Hinnahme des „Anschlusses“ Österreichs und der Abtretung der Sudetengebiete von der Tschechoslowakei durch das Münchener Abkommen erreichte diese Politik ihre Höhepunkte.

Schmidt legt jedoch Wert auf das Urteil, *Appeasement* nicht mit Kapitulationspolitik gleichzusetzen. Denn Kriegsvermeidung bedeute nicht Hinnahme des Krieges und 1939 machte derselbe Chamberlain unmissverständlich klar, dass jeder weitere Vertragsbruch Krieg bedeute. Die Garantieerklärung für Polen beendete damit das außenpolitische Vabanquespiel der Nazis, die mit dem militärischen Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg entfesselten. Schmidt sieht in der Beurteilung der Appeasementpolitik diese als notwendiges Durchgangsstadium, in dem die Briten Zeit für eigene Aufrüstung gewinnen konnten.

Der Einfluss der Appeasementpolitik, so paradox das klingen mag, liegt gerade in ihrem Scheitern begründet, das erst den breiten Kriegskonsens in der britischen Öffentlichkeit und Bevölkerung herstellen konnte. Diese starke Entschlossenheit befähigte Großbritannien, nach der Niederlage Frankreichs ein Jahr lang allein die Hauptlast des Krieges gegen Hitlerdeutschland zu tragen. H. G.

Pelinka, Anton, Ruth Wodak (Hrsg.): „Dreck am Stecken“. Politik der Ausgrenzung. Wien: Czernin Verlag 2002. 279 S.

„Der Skandal heißt also nicht nur Haider. Haider wäre bedeutungslos — hätten ihn nicht 27 Prozent der WählerInnen gewählt. Das ist der Skandal.“ (S. 9) Das ist zugleich der Beginn als auch ein Resümee des vom Politologen Anton Pelinka und der Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak herausgegebenen Sammelbandes zu den antisemitischen Äußerungen Jörg Haiders im Wiener Wahlkampf 2001.

Zentraler Betrachtungsgegenstand des Buches sind die von Jörg Haider getätigten Aussagen bei einer Wahlkampfveranstaltung der Freiheitlichen Partei am 21. Februar 2001 in Wien-Oberlaa — in Bezug auf Stanley Greenberg, den Wahlkampfstrategen des Wiener Bürgermeisters

Michael Häupl, und die „Entscheidung zwischen Ostküste und Wienerherz“ — und beim so genannten „Politischen Aschermittwoch“ der FPÖ in der Jahn-Turnhalle in Ried/Innkreis am 28. Februar 2002: neben zahlreichen Beschimpfungen österreichischer und europäischer Politiker sorgte Haider insbesondere durch seine beleidigenden und menschenverachtenden Angriffe auf den Präsidenten der IKG Ariel Muzicant („*Ich verstehe nicht, wie jemand, der Ariel heißt, so viel Dreck am Stecken haben kann.*“) für Wirbel. Eingebettet waren diese Aussagen in zahlreiche weitere antisemitische Äußerungen Haiders in jenem Zeitraum im Zusammenhang mit den Restitutionsverhandlungen, Beschuldigungen gegen Muzicant, dieser wende in seinem Beruf als Immobilienhändler unlautere Geschäftspraktiken an und trete im Ausland gegen Österreich und besonders gegen die schwarz-blaue Regierung auf. Die „Dreck-am-Stecken“-Aussage wurde schließlich Gegenstand eines Gerichtsverfahrens, das am 27. März 2002 mit einer Ehrenerklärung Haiders als Vergleich abgeschlossen wurde.

Das vorliegende Buch arbeitet die eindeutig antisemitischen Gehalte der Aussagen Haiders heraus, stellt historische Vergleiche her und bespricht auch, inwieweit gewisse antisemitische Codes für das einschlägige Publikum der FPÖ (aber auch für andere Bevölkerungsschichten) eindeutig verständlich sind. Linguistische (Ruth Wodak/Martin Reisingl) und politikwissenschaftliche Gutachten (Anton Pelinka), eine kommunikativ-pragmatische Analyse (Konrad Ehlich) sowie eine Betrachtung von antisemitischer Namenspolemik (Dietz Bering) wurden teilweise für das Gerichtsverfahren erstellt und bilden in diesem Sammelband die sehr enge Betrachtung der antisemitischen Rhetorik Haiders. Einen etwas weiteren Rahmen spannen Alexander Pollak und Nina Eger,

die einen Vergleich von Haiders Antisemitismen mit Inhalten, Argumentationen und Begriffsverwendungen primärantisemitischer Texte im Nationalsozialismus anbieten. Richard Mitten zeigt u. a. das Fortbestehen antisemitischer Vorurteile in relativ breiten Teilen der österreichischen Bevölkerung in der Zweiten Republik auf, wozu er einen historisch-linguistischen Ansatz wählt und die zu diesem Thema durchgeführten sozialwissenschaftlichen Studien bespricht. Deutlich wird dabei, dass besonders die judeophoben Muster des „jüdischen Einflusses auf das Weltgeschehen“ und des „Juden als Fremden“ nach wie vor stark verbreitet sind. Ein interessantes komparatistisches Moment ist der Aufsatz von Frank Stern über antisemitische Äußerungen in der Bundesrepublik Deutschland, wobei aktuelle Entwicklungen besonders berücksichtigt werden. Stern warnt vor dem „antijüdischen Vorurteil der gesellschaftlichen Mitte“.

Heribert Schiedel und Wolfgang Neugebauer schließlich betrachten in ihrem Beitrag Haider nicht isoliert, sondern belegen anhand ausführlich recherchierte Fallbeispiele, dass die FPÖ — und damit viele ihrer FunktionärInnen — eindeutig nachvollziehbare personelle, inhaltliche und strukturelle Kontinuitäten zum Antisemitismus vor 1945 aufweist. L. K.

Wir bedauern die Verwechslung der Namen Eckfeld/Eckhold in den letzten *Mitteilungen*. Bei der von Martin Krist herausgegebenen Publikation „Letzte Monate in Wien. Aufzeichnungen aus dem australischen Internierungslager 1940/41“ handelt es sich selbstverständlich um die Erinnerungen von **Reinhold Eckfeld** (Wien: Turia + Kant 2002).

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Verein „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8. Vereinsvorstand: Präsident: Landtagspräs. a. D. Hubert Pfoch. Vizepräsidenten: Vizepräs. i. R. Dr. Hubert Jurasek, Prof. Hugo Pepper, Staatssekretär a. D. Dr. Ludwig Steiner, Abg. a. D. Prof. Alfred Ströer, Oskar Wiesflecker. Kassier: Abg. a. D. Rudolf Edlinger. Kassier-Stv.: KR Dr. Gerhard Kastelic. Weitere Mitglieder: Dr. Heinz Aramberger, Mag. Dr. Brigitte Bailer, Sr. Dr. Edith Beinhauer, Diözesanrichter Dr. Stefan Denk, OSR Univ.-Prof. Dr. Hubert Christian Ehalt, Prof. Rudolf Gelbard, Sekt. Chef i. R. Dr. Wilhelm Grimburg, RA Dr. Heinrich Keller, MR Mag. Elisabeth Morawek, Prof. Dr. Jonny Moser, Präs. d. IKG Dr. Ariel Muzicant, Abg. a. D. Ing. Ernst Nedwed, Prof. Rudolf Sarközi, Dr. Richard Schmitz, OSR Dr. Kurt Scholz, Abg. a. D. Dr. Edgar Schranz, Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl, Dr. Helmut Wohnout. Wissenschaftlicher Leiter: Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer. Kontrolle: OSR Dr. Josefa Breuer, Friederike Krenn, Mag. Peter Soswinski.

Richtung: Verbreitung von Informationen im Sinne der Grundsatzklärung des DÖW von 1963: „Das Archiv soll vor allem durch dokumentarische Beweise der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend dienen. Sie soll mit den schrecklichen Folgen des Verlustes der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs sowie mit dem heldenhaften Kampf der Widerstandskämpfer bekannt gemacht werden. Das Archiv soll als bleibende Dokumentation verwahrt werden.“

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit: Hermann Dworzczak, Herbert Exenberger (H. E.), Heimo Gruber (H. G.), Eva Kriss, Lisi Kübler (L. K.), Willi Lasek, Heiner Lichtenstein (H. L.), Armin Pfahl-Traugher (apt), Heribert Schiedel

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mitternutzner, Tel. 534 36/90315, e-mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel. 534 36/90319, Fax: 534 36/9990319, e-mail: office@doew.at; Homepage: <http://www.doew.at>).

Ich bestelle folgende Publikationen zum Sonderpreis für Abonnenten der *Mitteilungen*:

Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. Deuticke 2002, 704 S., Bildteil. Leinen € 23,-, Karton € 19,-
Leinen ... Stück
Karton ... Stück

Österreicher im Exil: Sowjetunion 1934–1945. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. Deuticke 1999, 800 S., Bildteil. Karton € 18,80 ... Stück

Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), **Von der Utopie zum Terror.** Stalinismus-Analysen. Wien 1994, 181 S. Sonderpreis € 9,-
... Stück

Florian Freund, **KZ Ebensee.** Ein Außenlager des KZ Mauthausen, Wien 1990, 48 S. € 2,90 ... Stück

Florian Freund, **Concentration Camp Ebensee.** Subcamp of Mauthausen, 2nd revised edition, Vienna 1998, 63 S., € 4,30
... Stück

Florian Freund/Hans Safrian, **Expulsion and Extermination.** The Fate of the Austrian Jews 1938–1945. 62 S. € 4,30
... Stück

Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945,** Wien 1999, 86 S. € 4,30 ... Stück

Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, **... ihrer Überzeugung treu geblieben.** Rechtsextremisten, „Revisionisten“ und Antisemiten in Österreich, hrsg. v. DÖW, Wien 1996, Deutsch (72 S./)Englisch (64 S.). € 2,90
Deutsche Ausgabe: ... Stück Engl. Ausgabe: ... Stück

Das Netz des Hasses. Rassistische, rechtsextreme und neonazistische Propaganda im Internet, hrsg. v. DÖW, Wien 1997, 304 S., 131 Abb. € 14,10 ... Stück

Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten,** hrsg. v. DÖW, Bund Sozialdemokr. Freiheitskämpfer, Wien 1996, 135 S. € 6,50 ... Stück

Carl Szokoll, **Die Rettung Wiens 1945.** Mein Leben, mein Anteil an der Verschwörung gegen Hitler und an der Befreiung Österreichs, Molden 2001, 416 S. Ladenpr. € 28,90 ... Stück

Franz Danimann, **Flüsterwitze und Spottgedichte unterm Hakenkreuz,** Ephelant 2001, 202 S. Ladenpr. € 22,- ... Stück

Gertrude Enderle-Burcel/Michaela Follner, **Diener vieler Herren.** Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945, hrsg. v. DÖW/Österr. Gesellschaft f. histor. Quellenstudien, Wien 1997, 541 S. Leinen (L) € 18,10 / Karton (K) € 13,80
(L) ... Stück (K) ... Stück

1938. NS-Herrschaft in Österreich. Texte und Bilder aus der gleichnamigen Ausstellung, hrsg. v. BM f. Inneres und DÖW, Wien 1998, 48 S., € 1,00 ... Stück

Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998, 488 S., rund 230 Abb. € 15,20 ... Stück

Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Ergänzungen I, Wien 2001, 99 S. € 5,80 ... Stück

Kombiangebot Gedenken und Mahnen in Wien, Wien 1998 und **Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I,** Wien 2001. € 17,80 (statt € 21,-) ... Stück

Zeugen Jehovas. Vergessene Opfer des Nationalsozialismus?, Schriftenreihe des DÖW zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen – 3, Wien 1998, 61 S., € 3,60 ... Stück

Brigitte Bailer, **Wiedergutmachung kein Thema.** Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Löcker Verl. Wien 1993. 309 S. Ladenpr. € 27,60 ... Stück

Claudia Kuretsidis-Haider/Winfried R. Garscha (Hrsg.), **Keine „Abrechnung“.** NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945, Leipzig–Wien 1998, 488 S., € 22,50
... Stück

Albert Sternfeld, **Betrifft: Österreich.** Von Österreich betroffen. Böhlau 2001, 294 S., Ladenpr. € 28,90
... Stück

Anton Pelinka/Sabine Mayr (Hrsg.), **Die Entdeckung der Verantwortung.** Die Zweite Republik und die vertriebenen Juden, Braumüller 1998, 306 S. Sonderpreis € 5,90
... Stück

Herbert Exenberger (Hrsg.), **Als stünd' die Welt in Flammen.** Eine Anthologie ermordeter sozialistischer SchriftstellerInnen. Mandelbaum 2000, 284 S., Ladenpr. € 18,- ... Stück

Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder (Hrsg.), **NS-Herrschaft in Österreich,** öbv und hpt 2001, 959 S., Ladenpr. € 25,40 ... Stück

CD-ROM

Die österreichischen Opfer des Holocaust / The Austrian Victims of the Holocaust, Wien 2001, Deutsch/Englisch, € 24,-
... Stück

Jahrbuch 2002, hrsg. v. DÖW, Schwerpunkt: Widerstand und Verfolgung, 184 S. € 5,90 ... Stück

Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran,** Wien 2003, 112 S. € 5,- ... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 53 436/90319.

**Sponsoring-
Post**

Verlagspostamt
1010 Wien

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S